

In der Region Muri und im Oberfreiamt ist es in den letzten Jahren vermehrt zu Gewaltvorfällen, vor allem durch die rechtsradikalen Bewegungen, gekommen. Das Ausmass der Gewalt reicht von verbalen Bedrohungen, Belästigungen per Telefon und E-Mail bis zu tätlicher Gewalt. Die Präventionsgruppe «Sorge vor – es gibt ein Limit» aus der Region Muri hat daher mit Fachleuten ein Präventions- und Interventionskonzept ausgearbeitet und auf Montag die Behördenmitglieder zu einem Informationsabend eingeladen.

## Vor allem rechtsradikale Kleingruppen sorgen im Freiamt für wachsende Gewaltbereitschaft

In Muri wurde ein Präventions- und Interventionskonzept vorgestellt:  
Gemeinsam gegen Gewalt

(gn) Der Präventionsgruppe «Sorge vor – es gibt ein Limit» der Region Muri gehören die Gemeinderätinnen Heidi Schmid (Muri), Susanne Frei (Meren-schwand) und Fine Scheuber (Buttwil) an. Die Gruppe befasste sich anfänglich mit dem Alkohol-, Nikotin- und Drogenmissbrauch unter der Jugendlichen. Seit einiger Zeit hat die Gruppe aber auch Kenntnis von rechtsmotivierten Gewaltvorfällen unter Jugendlichen und wird von besorgten Eltern konsultiert, die um Rat suchen für den Umgang und Schutz von Betroffenen.

An einer ersten Sitzung im Mai dieses Jahres konnte die Präventionsgruppe feststellen, dass die rechtsmotivierte Gewalt in der Region zugenommen hat und die Hemmschwelle bei Jugendlichen gesunken ist, in gewaltbereiten rechts- oder linksradikalen Gruppen mitzumachen. Es wurde auch festgestellt, dass die rechtsradikalen Jugendlichen untereinander vernetzt sind und überregional agieren. Lehrer und Behördenmitglieder sowie deren Kinder werden von rechtsradikalen Jugendlichen bedroht, und die Schule wird je länger je mehr als Rekrutierungsgebiet missbraucht. Die Präventionsgruppe hat daher ein externes Konzept erarbeiten lassen, das sich mit der Gewaltprävention und rechtsextremen Tendenzen auseinandersetzt und weitere Behördenmitglieder in die Konzeptentwicklung involviert.

Der Grossaufmarsch von Gemeinderäten und Schulpfleger am Montag in Muri zeigte deutlich auf, wie akut dieses Problem im Bezirk Muri ist.

### Rechtsradikale stammen vorwiegend aus ländlichen Gegenden

Die Skinheads hatten besonders zwischen 1999 und 2000 einen grossen Zulauf und zählen heute rund 700 bis 800 Leute des harten Kerns. Sie haben viele Mitglieder im Alter zwischen 16 und 22 Jahren, vorwiegend aus ländlichen und kleinstädtischen Regionen. Die Gewaltbereitschaft gegen Ausländer und «Linke» hat zugenommen, und sie schrecken auch nicht zurück, Sprengstoff einzusetzen, stellte der Murianer Postenchef der Kantonspolizei, Hans Meier, am Informationsabend fest.

In unserer Region sind vor allem die Gruppierungen «Morgenstern» aus Sempach und «Hammenkins» sowie auch die «Neue Patriotische Front» aktiv. Es gibt aber im Freiamt auch unzählige kleinere Gruppierungen des rechtsradikalen Gedankengutes. Viele Gruppen seien auch entstanden, um gegen die Jugoslawen-, Albaner- und Türkenbanden anzutreten, gab Kapo-Chef Hans Meier zu verstehen.

Der Rechtsradikalismus boomte in den letzten fünf Jahren erschreckend stark im Aargau; von 25 registrierten Skinheads im Jahre 1996 auf 244 am 15. Oktober dieses Jahres. Der Bezirk Muri liegt im Kanton an zweiter Stelle mit Rechtsradikalen: im Bezirk Aarau sind es 42, im Bezirk Muri 37 (bei einer viel kleineren Bevölkerungszahl) und im Bezirk Bremgarten 34. Anhand von Folien präsentierte der Kapo-Chef einige Embleme der verschiedenen Gruppen mit dem versteckten «Heil Hitler» und zeigte auch einige Beispiele aus Einsätzen der Polizei auf. Dabei ist festzustellen, dass ein erheblicher Alkoholgenuss die Hemmschwelle der Rechtsradikalen vermindert und die Gewaltbereitschaft erhöht.

### Die Region Muri übernimmt eine Pionierrolle

Als Präventionsgruppe «Sorge vor – es gibt ein Limit» war sie mit diesem Ge-

waltproblem überfordert und vergab einen Konzeptauftrag an Urs Urech und Andrea Leitner vom National Coalition Building Institute (NCBI) Schweiz, welche bereits in der Schule Merenschwand bei Gewaltproblemen zum Einsatz kamen. Das Grobkonzept von Muri geht von vier Leitlinien aus:

1. Gewalt zieht Kreise: Gewaltprävention gelingt nur dort, wo Eltern, Schul- und Gemeindebehörden, Polizei und Jugendarbeit, Kirchen und Vereine zusammenspannen, um der Gewalt zu begegnen. Dies soll im Bezirk Muri überregional gefördert werden, und die bereits bestehenden Einrichtungen und Ämter sollen zum Tragen kommen.

2. Jugendgewalt gibt es nicht: Die meisten Menschen waren als Zeuge, Täter oder Opfer schon von verschiedenen Gewaltformen betroffen, und die eigene Ohnmacht oder Überforderung führt uns manchmal dazu, gewalttätig zu sein. Jugendliche sind nicht anders, sie benutzen nur andere Gewaltarten.

3. Rechtsmotivierteste Gewaltvorfälle haben eine Vorgeschichte: Ein fremdenfeindliches Klima und salonfähige Vorurteile über Migranten, Nichtchristen und Frauen fördern diese Verunsicherungen und bilden die Grundlage für Gewalteskalationen.

4. Opfer brauchen Schutz – Täter brauchen Erziehung: Das Opferhilfegesetz und das Antirassismogesetz bilden die Grundlagen für die wirksame Entgegung und Vorbeugung rechtsradikaler Gewalt. Betroffene von Gewalt brauchen Anerkennung, Beratung und Unterstützung, um aus dem Teufelskreis der Gewalt auszusteigen.

### Organisation und Umsetzung des Konzeptes

Die bereits bestehende Präventionsgruppe «Sorge vor – es gibt ein Limit» führt ihren Auftrag weiter aus mit dem Hauptakzent in Suchtprävention und zur Vorbeugung von Gewalt. – Neu ist die Gewaltprävention an den Schulen. Die Gemeinden entscheiden individuell, ob sie Workshops realisieren und finanzieren wollen.

Zentrales Instrument des Konzeptes ist sicher die Schaffung einer Anlaufstelle für Jugendliche, Eltern und Lehrer. Die Anlaufstelle wird vorerst aus vier Behördenmitgliedern gebildet, die für diesen Auftrag ausgebildet werden und die sich jeweils eine Woche pro Monat den Auftrag als Anlaufstellenverantwortliche teilen. Die Aufgaben umfassen den Erstkontakt und die Beratung für Betroffene von rechtsradikaler Gewalt, Infodrehscheibe für Präventionsangebote und -veranstaltungen, Unterstützung Betroffener für Meldung an die Fachkommission und die Wissens-transfers mit anderen Beratungs- und Opferhilfestellen. Die Anlaufstelle un-

tersteht dem Amtsgeheimnis und ist deshalb bezüglich Personendaten nicht aussagepflichtig. Alle Jugendlichen sollen eine Karte mit den für sie wichtigen Telefonnummern (Anlaufstelle, Polizei, Dargebotene Hand, Jugendberatung, usw.) erhalten.

Die Fachkommission soll bei Gewaltvorfällen oder -bedrohungen sofort intervenieren können. Sie soll aus Behördenvertretungen der Gemeinden, Bezirksschulrat, Bezirksammann, Sozialinstitutionen und je nach Situation Polizei oder Arzt bestehen und die Anlaufstelle unterstützen sowie Schulbehörden und Gemeinderäte wie auch, je nach Situation, Eltern und Polizei begleiten. An den Halbjahreskonferenzen soll der benötigte Informationsaustausch ermöglicht werden.

### Kein Widerstand gegen die dringend nötige Fachstelle

Das vorläufig für zwei Jahre geplante Projekt soll im März 2002 gestartet werden. Das vorgelegte Budget sieht

einen Aufwand von knapp 8000 Franken vor. Die Gemeinden bis 500 Einwohner haben sich daran mit 200 Franken zu beteiligen, bei 500 bis 1500 Einwohner beträgt der Beitrag 500 Franken, und ab 1500 Einwohnern wird ein Obolus von 1000 Franken einkassiert. Die Gemeinden, welche nicht mitmachen aber trotzdem die Hilfe beanspruchen, müssen mit einem Beratungsstundenanzug von 100 Franken rechnen.

In der Diskussion unter der Leitung von Reto Holzgang zeigten sich Behörden- und Schulvertreter positiv eingestellt für das präsentierte Konzept. Positiv bewertet wurde die Anlaufstelle auch für Schülerinnen und Schüler, die aus Angst vor Rache sich nicht trauen, die Polizei zu benachrichtigen. Der Murianer Gemeindevorstand Josef Etterlin appellierte an die anwesenden Behördenmitglieder, diese nötige und sinnvolle Institution zu unterstützen, und dankte den engagierten Gemeinderätinnen für ihren Einsatz.

### Erschreckende Aussagen von Betroffenen

(gn) Ein Oberstufenschüler schreibt: «Beim Turnfest kamen zwei Glazköpfe zu mir und sagten, ich solle schauen, dass ich um 22 Uhr zu Hause sei. Als es dann so spät war, verfolgten sie uns am Fest. Wir flüchteten zu den Festbänken, wo sie uns packten, abschlugen, Zigaretten auf unseren Rücken ausdrückten und uns mit Bier übergossen!»

Drei 17-jährige Lehrlinge halten sich nach einem gemeinsamen Kegelsabend am späten Abend beim Bahnhof auf. Zwei von ihnen sind mit dem Toff unterwegs und warten, bis ihr Kollege vom Vater mit dem Auto abgeholt wird. Plötzlich kommt eine Gruppe von Vermummten grölend gerannt. Die drei Lehrlinge ahnen Schlimmes und wollen fliehen. Dem einen gelingt es, den Toff zu starten, und er kann seinen zweiten Kollegen auf dem Gepäckträger in Sicherheit bringen. Der zweite Tofffahrer ist zu langsam. Die Gruppe packt ihn, reißt ihn zu Boden und schlägt und tritt ihn. Er blutet am Kinn. Die beiden andern alarmieren später die Eltern und die Polizei. Diese kann die Schläger ausfindig machen. Es sind Schweizer zwischen 16- und 19-jährig aus einer Nachbargemeinde. Als Grund für die Schlägerei geben sie Langeweile an; so seien sie auf die Idee gekommen, jemanden zusammenzuschlagen.

Zwei Oberstufenschülerinnen beobachten einige junge Männer, wie sie heimlich rassistische Parolen an eine Fassade spraysen. Die Mädchen werden dabei von den Sprayern entdeckt und haben seither Angst, weil sie Mitscherinnen sind. Die Eltern rufen ihnen, die Sache der Polizei zu melden. Aus Angst vor Rache tun sie dies aber nicht. Sie haben Angst, wegen ihrer Aussage von den Tätern misshandelt zu werden.

Ein E-Mail, das ein Oberstufenschüler von Mitschülern erhalten hat: «Pass auf, was machst! Leg no einisch das Scheiss-T-Shirt an! Wär weiss, was mit dir oder dinere Fründin alles cha passiere! An dinere Fründin hätte mir au no Luscht. Unfall passiere je soo schnäll! Ich warn dich. Hör sofort uf es provozieren. Wirsch es sunscht garantiert beure!»

Eine Gruppe von Berufsschülern erklärt einer Sozialarbeiterin, sie alle seien überzeugte Trinker. Sie würden lieber trinken als wie die Linken kiffen. Trinken sei auch wichtig, um sich Mut ansaufen zu können, damit man dann wirklich dreinschlagen möge. «Wir müssen tüchtig saufen, damit wir weniger Hemmungen haben, wenn wir dann Asylbewerber verhaften gehen», sagten sie ohne